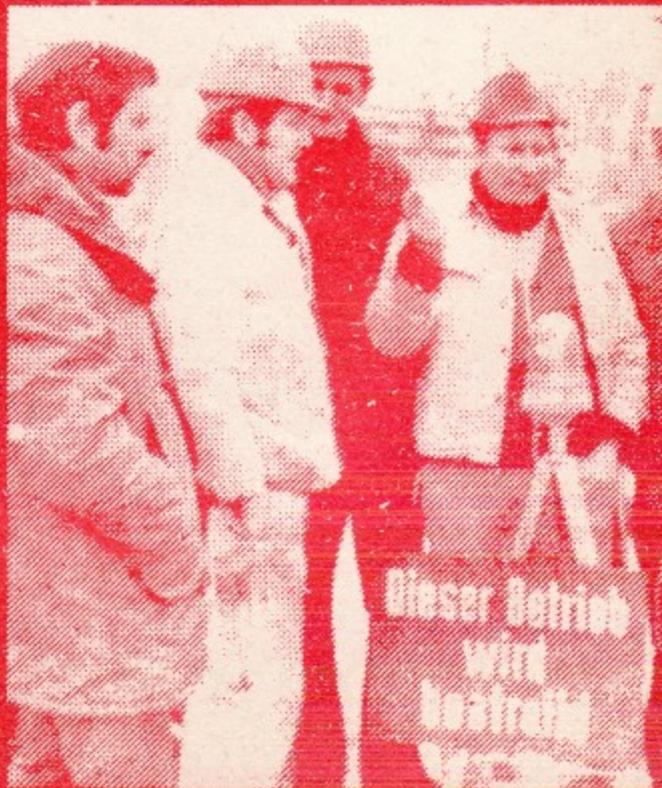


WIE KÄMPFEN?

HINTERGRUNDANALYSE

Seibel & Söhne / Erwitte

BETRIEBSBESETZUNG GEGEN MASSENENTLASSUNG



Herausgeber

Gruppe Internationale Marxisten (GIM)
- deutsche Sektion der IV. Internationale –
Zentraler Ausschuß für Betriebs- und Ge-
werkschaftsarbeit

Redaktion und Text:

Werner Hülsberg und Genossen der Ortsgruppe Dortmund

Verantwortlich:

Werner Hülsberg

*rote hefte
reihe betrieb & gewerkschaft*

nr. 1

für eine klassenkämpferische gewerkschaftspolitik

nr. 2

massenentlassung, betriebsstilllegung, arbeitslos – wie kämpfen

nr. 3

seibel & söhne/ erwitte: betriebsbesetzung

nr. 4

jugendarbeitslosigkeit und ausbildungsboykott

»Wir streiken, bis alle Entlassungen zurückgenommen sind«

INHALT:

Fa.Seibel & Söhne/Erwitte BETRIEBSBESETZUNG	Seite 3
Entwicklung der Auseinandersetzung	Seite 6
Bericht von einer Streikversammlung	Seite 11
Die Lage in der Zementindustrie	Seite 13
Streikchronik	Seite 19
STREIKSTIMME Nr.1	Seite 22
Stellungnahme des Betriebsrates	Seite 26
Internationale Solidarität	Seite 28

Betriebsbesetzung

Zur Jahreswende 1971/72 machten sich die bürgerlichen Schreiberlinge in FAZ, Welt & Bild über die „Internationalen Marxisten“ lustig. Grund: die GIM hatte anlässlich der Aussperrung durch die Metallkapitalisten während des Metallstreiks in Baden-Württemberg die Betriebsbesetzung als einzige kämpferische Antwort hierauf propagiert.

Von der DKP und den zentristischen Gruppen brachte uns dies damals den Vorwurf des „Abenteurertums“ ein. Diesem „Abenteurertum“ kommt allerdings gerade im Kampf gegen Stilllegung und Arbeitslosigkeit enorme Bedeutung zu.

Eins ist sicher: die „abenteuerlichen“ Arbeiter von LIP (Frankreich), UCS (Clydeside/Schottland) und Glaverbel (Gilly/Belgien), Piron (Bretoncelles/Frankreich) sowie in zahlreichen portugiesischen Betrieben haben mit dieser Kampfform die Unternehmer zum Rückzug gezwungen. Sie haben erkannt, daß die besten Forderungen nichts nützen, wenn es an richtigen Kampfformen mangelt. Um „Druck auszuüben“ brauchen die kämpfenden Belegschaften ein Faustpfand. Der erste Schritt zur Verhinderung drohender Massenentlassungen und Stilllegung ist die Betriebsbesetzung. Diesen Schritt gewagt zu haben, darin liegt das Verdienst der kämpfenden Zementarbeiter von Erwitte. Betriebsbesetzung zeigt die Bereitschaft der Arbeiter an, nur durch Vertrauen auf die eigene Kampfkraft eine „Lösung“ zu erreichen – die eigenen Forderungen durchzusetzen. Sie melden damit ihren Anspruch auf die von ihnen geschaffenen Produktionsmittel und Produktionsstätten an. Für den aktuellen Kampf bedeutet die Betriebsbesetzung noch mehr. Sie verhindert den Abtransport von Maschinen, die „Ausschlachtung“ der zur Stilllegung vorgesehenen Fabrik. Die Besetzung verhindert die Sabotage durch die Unternehmer. Die Instandhaltung bestimmter Produktionsanlagen ist auch während des Kampfs im Interesse der Belegschaft. Und letztendlich: Betriebsbesetzung hält und schweißt die Belegschaft zusammen, verhindert ein Auseinanderleben und die Vereinzelung der Kollegen. Das notwendige Zusammenleben während der Besetzung, die gemeinsame Diskussion und Aktion, erschwert den Unternehmern und der bürgerlichen Presse ihre Propaganda und ihre zahlreichen Spaltungsmanöver. Betriebsbesetzung, verbunden mit einer breiten demokratischen Beteiligung aller Kämpfenden – ein demokratisch

gewähltes Streikomitee, jederzeitige Abwählbarkeit der Delegierten, Kontrolle der Kämpfenden über dieses Komitee durch tägliche Streikversammlungen – ist die Kampfform und Methode gegen Massenentlassungen und Stilllegungen. Selbst kämpferische Betriebsräte und Gewerkschafter können nicht die Wirksamkeit der breiten Beteiligung aller am Kampf ersetzen. Betriebsbesetzung und demokratische Kampfführung sind der halbe Sieg!

Seit dem 9. März halten die Arbeiter des Zementwerks Seibel und Söhne in Erwitte den Betrieb besetzt. Sie kämpfen damit gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Sie wissen, daß bei Arbeitsplatzverlust lange Arbeitslosigkeit auf sie wartet. Denn in Erwitte gibt es nur Zementwerke und die stellen zur Zeit niemanden ein und der Arbeitsamtsbezirk Lippstadt hat jetzt schon 6 % Arbeitslose – die Vermittlungsmöglichkeiten sind also gering. Die Zementarbeiter von Erwitte wissen also, daß ihnen nur die Wahl bleibt, entweder ihre Arbeitsplätze mit aller Kraft zu verteidigen oder lange Arbeitslosigkeit und eine Senkung des Lebensstandards in Kauf zu nehmen. Sie haben sich für den Kampf entschieden, und sie führen ihn nun seit zwei Wochen solidarisch, entschlossen und zuversichtlich. Dieser Kampf ist aber nicht nur für die Zementarbeiter von Erwitte wichtig. Er ist vielmehr für alle Arbeiter wichtig, denen die Kosten der kapitalistischen Krise durch Entlassungen und Arbeitslosigkeit aufgebürdet werden sollen. Mit ihrem Kampf wehren sich die Zementarbeiter dagegen, daß sie die Folgen der unverantwortlichen Unternehmerpolitik ausbaden sollen. Diese Politik hat in den letzten Jahren durch die Erweiterung der Zementproduktion auf der Jagd nach Marktanteilen zu 15prozentiger Überkapazität geführt, die heute zusammen mit etwa 100 Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden soll.

Frankfurt, 8. April 1975

Erwitte

»Wir streiken, bis alle Entlassungen zurückgenommen sind«

DAS RINGEN UM DIE KURZARBEIT UND DIE ENTLASSUNGEN

In der Fa. Seibel und Söhne tauchten erstmals Ende *November Gerüchte über bevorstehende Kurzarbeit* auf.

In der vom Betriebsrat einberufenen Belegschaftsversammlung vom 6. Dezember wurde von der Geschäftsleitung erklärt, das seien „alles Scheißhausparolen“, der Betrieb sei gesund und man denke weder an Kurzarbeit noch an Stilllegung oder Verkauf des Werkes.

Und dann kam *im Januar der Antrag an den Betriebsrat, Kurzarbeit zuzustimmen*. Kurzgearbeitet werden sollte im Bereich Mahlung und Verpackung. Das hätte einen *Produktionsstau in der Klinkerherstellung* zur Folge (der ja nicht mehr weiter verarbeitet worden wäre – Klinker ist ein Vorprodukt bei der Zementherstellung). Dadurch wären Lagerkosten u.ä. entstanden und die Geschäftsleitung hätte dann leicht mangelnde Rentabilität nachweisen und Massenentlassungen beantragen können.

Der Betriebsrat stimmte der Kurzarbeit nicht zu, sondern verlangte *Einsicht in die Bücher der Geschäftsleitung*, da bekannt war, daß das Geschäft recht gut ging. Es wurden durchschnittlich 1.500 t Zement, Kalk und Klinker pro Tag verladen (in Spitzenzeiten bis zu 2.000 t). Das ist für den Winter ein ausgezeichneter Geschäftsgang.

Da die Geschäftsleitung keine Einsicht in die Bücher gewährte, lehnte der Betriebsrat die Einführung von Kurzarbeit ab! Am 14. Februar teilte der (von seiner Ranch) frisch aus Kanada heimgekehrte Besitzer Clemens Seibel dem Betriebsrat mit, daß, da der Kurzarbeit nicht zugestimmt worden sei, nun die Belegschaft reduziert werden müßte und 50 Mann entlassen würden. Am 19. Februar wurde beim Arbeitsamt ein Antrag auf Massen-

entlassung gestellt und gleichzeitig die Liste der zur Entlassung anstehenden um 50 weitere verlängert. Vierzehn der Entlassungen mußten zurückgezogen werden, da es sich um Betriebsratsmitglieder, -bewerber, Wahlausschußmitglieder und Schwerbeschädigte handelte. 86 Entlassungen blieben bestehen. Seibel wollte seinen 150-Mann-Betrieb auf 60 Mann reduzieren. Am 1. März wurden die Entlassungen per Einschreiben zugestellt.

DER KAMPF GEGEN DIE ENTLASSUNGEN

Der Betriebsrat verlangte von Seibel die Zurücknahme aller Entlassungen und bot Verhandlungen an über:

1. die Verringerung der Belegschaft bis Jahresende durch Verrentung der bis 63 Jahre alten Kollegen, wobei ihnen durch eine betriebliche Zusatzrente die Renteneinbuße ausgeglichen würde.
2. Aufnahme der Verhandlungen über die Notwendigkeit von Kurzarbeit nach Information über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens.

Die Situation in Erwitte ist äußerst gespannt. Es gab knapp 800 Arbeitsplätze in der Zementindustrie, davon gingen in der letzten Zeit durch Konkurse 130 verloren. Wenn bei Seibel entlassen würde, gäbe es keine Möglichkeit, eine neue Arbeit in der Zementindustrie zu bekommen und andere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es dort praktisch nicht. Die Entlassenen wären mit Sicherheit langfristig arbeitslos gewesen.

Aufgrund dieser Sachlage erklärte der Betriebsrat, daß Kündigungen sozial nicht zu vertreten wären und forderte Seibel auf, die Entlassungen zurückzunehmen. Seibel verweigerte jede Verhandlung mit dem Betriebsrat. Daraufhin trat die Frühschicht am 7. März in einen zweistündigen Warnstreik. Am Sonntag dem 9. März wurde in der Erwitter Stadthalle eine Protestkundgebung durchgeführt, bei der 2000 Teilnehmer ihre Solidarität mit den von der Entlassung bedrohter Zementarbeitern ausdrückten.

Als sich dann immer noch kein Einlenken des Firmenehfs abzeichnete, besetzten die Arbeiter am Morgen des 10. März den Betrieb und stellten die Produktion ein. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Öfen so heruntergefahren wurden, daß an den Aggregaten keine Schäden entstanden und ein Notdienst eingerichtet.

Der Verlust des Arbeitsplatzes hätte für jeden Betroffenen eine Katastrophe bedeutet. Aber auch für jeden der Nochbeschäftigten stellten die Massenentlassungen eine große Gefahr dar, denn mit den arbeitssuchenden Arbeitslosen können die Kapitalisten die noch Arbeitenden jederzeit erpressen und ihnen mit dem Rausschmiß drohen, denn sie finden ja jederzeit neue Arbeitskräfte. *Die Entlassungen auch nur eines Teils der Belegschaft stellen also eine Bedrohung für alle dar! Die Seibel-Belegschaft wehrt sich deswegen solidarisch und geschlossen gegen diesen Akt unternehmerischer Willkür.* Sie nahm den Kampf auf, bevor der erste Kollege aus dem Betrieb war.

Obwohl Seibel am 2. Streiktag zunächst dem Drängen der Belegschaft nachgab und dem Wirtschaftsausschuß und einem Experten der IG Chemie Einsicht in die Betriebsunterlagen gab, schlug er am 3. Tag mit aller Brutalität zurück:

1. hielt er zunächst die Februarlöhne zurück (die am 10. ausbezahlt werden sollten) und zahlte dann nur den nicht pfändbaren Teil aus.
2. kündigte er in einem Gespräch mit dem BR am 13. März die fristlose Kündigung von 46 Belegschaftsmitgliedern an, weil sie das Tor besetzt hielten, und in einem Brief am 19. März die fristgerechte Kündigung der gesamten restlichen Belegschaft.



Die Kollegen ließen sich durch keine der Drohungen und Manöver von Seibel einschüchtern. Gestützt auf eine breite Solidarität in der Bevölkerung und viele Sympathiebeweise aus der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, Spenden und Solidaritätsadressen, halten sie den Betrieb weiter besetzt und sind entschlossen, auszuhalten, bis alle Entlassungen zurückgenommen sind.

WIE WEITER ?

Nach seinem Brief vom 19. März, in dem er die Entlassung der ganzen restlichen Belegschaft ankündigte, ist zu befürchten, daß *Seibel eher bereit ist, den Betrieb vor die Hunde gehen zu lassen, als nachzugeben.*

Angesichts dieser Starrköpfigkeit steht die Frage: *wie geht's weiter?* Auf die Schlichtung (1. Termin ist der 3. April) ist nach Lage der Dinge keine Hoffnung zu setzen. Was dann?

Wenn die Produktion noch lange stillsteht, sind die Kunden weg und dann wird es schwer sein, den Betrieb überhaupt wieder in den Markt zu bringen. Deswegen ist es wichtig, die Produktion sobald wie möglich wieder in Gang zu setzen – mit oder ohne Seibel (besser ohne, scherzhafte Forderung aus der Belegschaft auf der Streikversammlung vom 20. März: „Man sollte ihm die Unternehmerlizenz entziehen.“).

Das Werk ist die Lebensgrundlage der Arbeiter, aber nur wenn produziert wird. Wenn Seibel droht, den Betrieb dicht zu machen, muß die Belegschaft die *Produktion in eigener Verantwortung wieder aufnehmen.*

Der Staat muß aufgefordert werden, den Betrieb zu übernehmen und die Arbeitsplätze zu garantieren, damit sie der willkürlichen Entscheidung des Unternehmers entzogen sind. (Ein Modell wie bei der Süßmuth-Glashütte, nämlich die Überführung des Werkes in's Eigentum der Arbeiter wäre nicht günstig. Denn die Kapitaldecke einer solchen Genossenschaft wäre zu dünn. Für die grossen Zementwerke wäre es keine Schwierigkeit einen solchen Betrieb niederzukonkurrieren und dann wären die Arbeiter beides los: Arbeitsplätze und Vermögen.)

Die Arbeiter können kein Interesse daran haben, selber Kapitalisten zu werden – und sich selbst gegenseitig „wegzurationalisieren“. Das wäre die unvermeidliche Konsequenz unter den kapitalistischen Konkurrenzbedingungen, denen sich in diesem Gesellschaftssystem kein Betrieb entziehen kann.

Die einzig richtige Kampfperspektive kann deshalb nur lauten:

Wenn Seibel die Stilllegung androht:

VERSTAÄTLICHUNG DES BETRIEBS OHNE ENTSCÄDIGUNG ! GARANTIE DER ARBEITSPLÄTZE !

KONTROLLRECHTE DER BELEGSCHAFT ÜBER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND PRODUKTION !

KEINE MITVERANTWORTUNG DER ARBEITER AN DER PROFITWIRTSCHAFT !

SOFORTIGE WIEDERAUFNAHME DER PRODUKTION !



Streikversammlung

Am Donnerstag, dem 20. März, fand die zweite Streikversammlung der Belegschaft von Seibel & Söhne statt.

Zunächst zeigte der Bericht über die eingegangenen Solidaritätsadressen und Spenden (vom Bonner Zementwerk, vom Dyckerhoff Werk Lengerich u.v.a. sowie einer großen Anzahl von betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen) die große Popularität und Sympathie, die der Kampf der Erwitter Zementarbeiter genießt. Dann folgten die Reden des Sekretärs der IG Chemie Verwaltungsstelle Neubeckum und des Bezirksleiters der IG Chemie. Und hier wurden große Unterschiede deutlich:

In einer sehr kämpferischen Rede wies der Vertreter der Verwaltungsstelle eindeutig darauf hin, daß gegen die Willkür und die Angriffe des Unternehmers nur die Solidarität helfen kann und deswegen gipfelte seine Rede in dem Aufruf, trotz aller Sorgen und Spaltungsvorwürfe zusammenzustehen, da die Ziele des Arbeitskampfes nur erreicht werden können, wenn die Belegschaft solidarisch kämpft.

Dagegen redete der Bezirksleiter der IG Chemie, Wolf, im wesentlichen davon, daß sich nun der Landeslichter eingeschaltet hätte und daß man zur Schlichtung mit einer „kleinen Mannschaft“ (ohne Belegschaftsmitglieder!) fahren würde.

Darüberhinaus pries er seine „heimlichen (!) Gespräche mit den Großen der Zementindustrie“ an, um ein Strukturkrisenkartell (mit Preis- und Produktionsabsprachen) auf die Beine zu bringen. Er erzählte nur von „Aktivitäten“, die weit weg von der Belegschaft und praktisch ohne ihre Einflußnahme stattfinden sollten. Daneben angelte er auf geschickte rhetorische Art nach Beifall, indem er Seibel einen „bekannten westfälischen Starrkopf“ u.ä. titulierte, ohne sich aber in konkrete Vorschläge für die Fortführung des Arbeitskampfes und die Verhandlungsführung zu versteigen. Der Leiter der Verwaltungsstelle, Borghoff, wies in seinem anschließenden Referat noch einmal darauf hin, daß der Betrieb wirtschaftlich absolut gesund sei, er sogar besser dastände als viele andere Betriebe, obwohl Seibel die Gewinne dem Unternehmen entzogen und anderweitig investiert hätte. Und er erklärte, daß „kein Schlichtungsergebnis auf Kosten eines einzigen Kollegen“ akzeptiert werden könnte.

Nach der Versammlung blieb der Eindruck, daß sie im wesentlichen eine Tribüne für die Rede der Funktionäre war. Selbständige Äußerungen der Belegschaftsmitglieder gab es auf der Versammlung praktisch nicht.

Die Belegschaft wird achtgeben müssen, daß sie und ihr tapferer Kampf von dort nicht den „Möglichkeiten des Verhandlungsweges“ untergeordnet und dann verschaukelt wird.

Ein Mangel ist auch, daß die Verwaltungsstelle –trotz ihrer festen Haltung an der Seite der Streikenden– offensichtlich keine Schritte weiß, wie es weitergehen soll, wenn die Schlichtung nicht das gewünschte Ergebnis –Zurücknahme aller Entlassungen– bringt.

Derweil wird in der Belegschaft bereits die Möglichkeit und Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Produktion in eigener Regie diskutiert.

Dies wird in nächster Zukunft die entscheidende Frage sein, von der Erfolg oder Mißerfolg des Kampfes abhängt.



Die Kinder der streikenden Zementarbeiter waren während der Kundgebung bei der AWO-Jugendleiterin Gisela Vorwerk in guten Händen

Lage der Zementindustrie

Die Region, in der die Kollegen von Seibel & Söhne um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen, ist von einer extremen wirtschaftlichen Monostruktur geprägt. Hier werden allein

25% der gesamten westdeutschen Zementproduktion hergestellt. Hier haben Wirtschaftskrisen, Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit noch weitaus härtere Konsequenzen für die betroffenen Arbeiter, als in Regionen mit einer breitgefächerten Produktionsstruktur, da es nicht die geringste „Hoffnung“ gibt, in weniger stark von der Krise betroffenen Branchen einen Arbeitsplatz zu finden.

DIE GOLDENEN FÜNFZIGER UND SECHZIGER JAHRE

In den fünfziger und sechziger Jahre machten die Unternehmer der Zementindustrie riesige Profite. Der jahrelange Boom infolge der ungeheuren Bautätigkeit nach dem 2. Weltkrieg erlaubte es ihnen, die Produktionskapazitäten zu erweitern und voll auszunutzen. Die unmittelbare Nähe des Ruhrgebietes als wichtiger Absatzmarkt war ein weiterer Faktor, der die Profite der Zementindustrie überdurchschnittlich erhöhte. Der große Clou war ein Kartell der Zementindustrie, das den Unternehmern Preis- und Produktionsabsprachen garantierte.

Nach der Auflösung des Kartells 1967 entbrannte ein intensiver Preiskrieg der einzelnen Unternehmer um die größten Markt- und Profitanteile. Die heutige Krise in der Bauindustrie (mit 200 000 Arbeitslosen und erwarteten weiteren 100 000), die allein im Wohnungsbau einen Rückgang von 35% zu verzeichnen hat, führte zu einer Überkapazität von 2 Mio Jahrestonnen Zement. Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes verzeichneten die Unternehmer der westfälischen Zementindustrie 1974 einen Absatzrückgang um 16% (von 10,6, auf 8,9 Mio t) bei einzelnen Werken liegt der Rückgang allerdings doppelt so hoch. Für die 6 000 Arbeiter der nordwestdeutschen Zementindustrie heißt das: Kurzarbeit und Entlassungen. Bereits heute wird in 10 Werken kurzgearbeitet. Neben Seibel & Söhne kam es bereits in 2 anderen Werken zu Massenentlassungen.

In Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband strebte die IG Chemie die Bildung eines Strukturkrisenkartells der westfäli-

schen Zementindustrie an. Dieser Vorschlag wurde sowohl von der Bundes- und Landesregierung als auch vom Arbeitgeberverband mit größter Freude aufgegriffen. Das geplante Strukturkrisenkartell enthält hauptsächlich drei Dinge:

- * Verzicht auf dringend notwendige und gesetzlich vorgeschriebene (!) Umweltschutzmaßnahmen;
- * Legalisierung von Preisabsprachen
- * Umverteilung des Absatzrückgangs auf alle am Kartell beteiligten Unternehmer.

Die Regierung und der Bezirksleiter der IG Chemie, Wulff, versprechen den Kollegen durch dieses Kartell die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Aber das ist Augenwischerei, ganz abgesehen davon, daß sich einzelne Zementunternehmer weigern, diesem Kartell überhaupt beizutreten, da ihnen ihre unmittelbaren Profitinteressen näherstehen als das Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze. So ist die Funktionsfähigkeit dieses Kartells selbst im Sinne der Erfinder sehr eingeschränkt. Die Unternehmer dagegen sprechen offen aus, daß dieses Urteil kein Instrument ist, mit dem die Arbeitsplätze erhalten werden können:

„So wünschenswert im Interesse einer Preisstabilisierung der Abschluß dieses Kartells ist, so ist doch eins nicht zu verkennen: wenn die Bauwirtschaft in ihrem jüngsten Bericht von einem mörderischen Verdrängungswettbewerb, von 200 000 arbeitslosen Bauarbeitern und der Freisetzung (!) weiterer 100 000 Arbeitnehmern spricht, so ist damit deutlich, daß sich die Baustoffindustrie dieser Entwicklung nicht entziehen kann (!). Hieran ändert auch ein Strukturkrisenkartell nichts. Dies umsomehr, als gerade das Strukturkrisenkartell seiner ganzen Konzeption nach darauf angelegt ist, die Kapazitäten der Marktlage anzupassen.“ (Aus einer Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes Nordwestdeutsche Zement- und Kalkwerke, Beckum, vom 12.3.75) Dieses Strukturkrisenkartell sichert keine Arbeitsplätze, sondern ist entgegen den demagogischen Behauptungen seitens der Regierung und Gewerkschaftsführung „in seiner ganzen Konzeption nach darauf angelegt, die Kapazitäten der Marktlage anzupassen“ und das heißt im Klartext: *Weitere Massenentlassungen stehen bevor!*

A ngesichts der völligen Unwirksamkeit des Konzepts der meisten Gewerkschaftsführer zum Schutz der Arbeitsplätze in

der Zementindustrie ist es notwendig, daß die Kollegen die Diskussion um die Forderungen und Strategien zum Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze eigenständig, d.h. außerhalb bürokratischer Kontrolle, führen. Hierbei spielt der Kampf bei Seibel & Söhne eine entscheidende Rolle, denn hier demonstrieren die Kollegen ihre Bereitschaft, den Kampf nicht am Verhandlungstisch, sondern mit einer starken Waffe in der Hand zu führen: der Betriebsbesetzung. Die Probleme dieses Kampfes müssen breit, offen und kritisch unter allen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern diskutiert werden, um aus dem Kampf bei Seibel & Söhne Perspektiven für den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze in der gesamten Industrie zu entwickeln.

KEINE MASSENENTLASSUNGEN OHNE ABWEHRKAMPF!

Damit es den Unternehmern nicht möglich ist, die Belegschaften einzelner Werke zu spalten, ist eine einheitlich handelnde Arbeiterschaft der gesamten Region erforderlich.

Die GIM ist bereit, ihre Forderungen und Vorschläge in einer breiten und demokratisch geführten Diskussion einzubringen: Wir schlagen vor:

1. Fordert die sofortige Öffnung der Geschäftsbücher, damit die Belegschaften und die IG Chemie ein klares d.h. ein auf nachprüfbaren Fakten beruhendes Bild von der realen wirtschaftlichen Situation aller Zementbetriebe bekommen. Die Kontrolle der Geschäftsbücher und der Vergleich mit der tatsächlichen betrieblichen Situation (Produktionskapazitäten, Lager, Investitionen) muß zusammen mit gewerkschaftlichen Experten, Sache der gesamten Belegschaft sein.
2. Die Zementarbeiter haben die Krise nicht verschuldet. Deshalb darf sie auch nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Jeder Arbeitsplatz muß erhalten bleiben! Deshalb:
Umverteilung der vorhandenen Arbeit in der Region auf alle Hände.
Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich!

3. Sollte ein Unternehmer (wie Seibel) zur Weiterführung des Unternehmens nicht mehr in der Lage sein: **KEINE SCHLISSUNG**, Stattdessen **VERSTAATLICHUNG UNTER KONTROLLE DER ARBEITER ÜBER DIE GESAMTE PRODUKTION** ohne Übernahme der Verantwortung für die Unternehmensentscheidungen!
4. Zum Schutz der Anlagen und um ein festes Faustpfand zu erhalten:
Folgt dem Beispiel der Kollegen von Seibel & Söhne. **Besetzung aller Zementwerke der Region!**
5. **Wahl demokratischer Kampf- und Kontrollorgane in jedem Betrieb!**
Wahl eines regionalen Streikkomitees, damit sowohl der Kampf verstärkt wird, als auch die Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Zementarbeiter der Region vorgenommen werden kann!
6. **Öffentlichkeitsarbeit auf breitester Basis! Schickt Delegationen in alle Betriebe der Region. Mobilisiert die Bevölkerung. Fordert die Gewerkschaften auf, alles zu tun, um die Solidarität und Unterstützung zu organisieren!**
7. **Öffentliche Verhandlungsführung mit den Unternehmern. Keine Mauscheleien hinter verschlossenen Türen!**
8. **Wachsamkeit und Vertrauen in die eigene Kraft! Mut zur Offensive!**



Protest gegen Entlassung: Streikende blockieren Zementwerk.

Foto: dpa



Zum Streik entschlossen, bis ihre Forderungen erfüllt sind: Arbeiter und Angestellte des Zementwerks Seibel & Söhne in Erwitte.

Foto: Mandel



Gestern ließ der Hauptvorstand der IG Chemie die erste Notlagenunterstützung aus dem Solidaritätsfond an die Seibel & Söhne-Belegschaft auszahlen. (WR-Bild: Düdler)

Streikchronik

Dezember 74: Anfang des Monats Gerüchte über bevorstehende Entlassungen und Kurzarbeit. Erhebliche Unruhe bei der Belegschaft.

6.12. Betriebsversammlung. Die Geschäftsleitung dementiert. Der Betrieb sei gesund. Alles „Scheißhausparolen der Konkurrenz“ sagt Prokurist Linten.

Januar 75. Die Gerüchte bestätigen sich. Seibel will mit dem Betriebsrat (BR) über Kurzarbeit in Packerei und Zementmühlen verhandeln. Der BR fordert genaue Daten zur wirtschaftlichen Situation des Betriebs. Seibel lehnt ab. Darauf verweigert der BR Zustimmung zur Kurzarbeit.

Februar 75. Am 14. verhandelt BR mit Seibel. S. kündigt die Entlassung von 50 Mitarbeitern an, weil der Kurzarbeit ja nicht zugestimmt worden wäre. Einige Tage später werden fünfzig weitere Entlassungen ausgesprochen. Gesetzwidrig sollen auch der BR, der Wahlschuß und die Schwerbeschädigten entlassen werden. Der BR protestiert. Die IG Chemie kündigt Unterstützung an und reicht Kündigungsschutzklagen beim Arbeitsgericht ein.

24.2. In der Betriebsversammlung kritisiert der BR „das selbstherrliche und autoritäre Verhalten des Firmeninhabers“

der bisher zu keinem Gespräch bereit ist. Die Belegschaft bittet um Unterstützung in der Bevölkerung und weist auf die katastrophalen Folgen für das Erwitter Gewerbe hin.

März 75. 1.3. Die Kündigungen gehen bei 86 Kollegen ein. Nur bei BR, Wahlschuß und Schwerbeschädigten ist die Kündigung zurückgezogen worden. Gewerkschaftssekretär Borghoff stellt sich mit BR Köchling an die Spitze der Bewegung und ruft in einem Flugblatt die Bevölkerung, die Kollegen anderer Werke, Politiker usw. zu einer Protestkundgebung in der Volkshalle auf.

7.3. Die Früh- und Tagschicht tritt in einen zweistündigen Warnstreik. Die Kollegen fordern die sofortige Zurücknahme aller Kündigungen und die umgehende Aufnahme von Verhandlungen. Seibel reagiert nicht.

Sonntag, 9.3. Um 14 Uhr versammeln sich 2000 Menschen

Montag, 10.3. – 6.00 Uhr. Die Frühschicht versperrt die Zufahrten mit Lastautos, besetzt das Werk und stellt die Produktion ein. Auch die Tagschicht und die Angestellten treten in den Streik. Ein Streikkomitee

wird gewählt, ein Notdienst zur Aufrechterhaltung der Funktion verschiedener empfindlicher Aggregate wird eingerichtet, Streikposten werden an die wichtigsten Stellen verteilt. Gleich am ersten Tag Solidarität aus der Bevölkerung, belegte Brötchen, Kaffee, Zigaretten.

11. 3. Das Landesarbeitsamt setzt die Massenentlassung bis zum 11. 4. aus. Das ist ein erster Erfolg. Seibel erklärt sich bereit, einem Gutachter der Gewerkschaft Einsicht in die Bücher zu gewähren. Eine weitere Forderung ist damit erfüllt. Weitere Solidaritätsbekundungen der Bevölkerung. Die Polizei hat Wagen postiert, greift aber nicht ein.

12.3. Seibel kündigt die fristlose Entlassung von 43 „Rädelsführern des Streiks“ an. Seibel stoppt die Februarlöhne, um Ersatzansprüche gegen die Arbeiter zu erheben, „weil Schaden an den Öfen entstanden sei“. Gewerkschaftssekretär Borghoff kündigt Notlagenunterstützung für die Belegschaft an.

13.3. Weitere Entlassungen und Hausverbote. BR verhandelt mit Seibel. S. droht die vorübergehende Stilllegung des Gesamtbetriebs an.

17 Uhr: öffentliche Streikversammlung; Solidaritätstelegramme anderer Belegschaften gehen ein, Geldspenden werden gebracht. Die Stimmung ist gut. Die Offenlegung der Bücher hat ergeben, daß der Betrieb „wirtschaftlich gesund“ ist und keinerlei Grund für Kurzarbeit oder Entlassung besteht. Ein Gerücht über eine geplante Kooperation mit dem Zementwerk Wittekind wird laut. Dies würde Entlassungen auch bei Wittekind bedeuten.

19 Uhr: BR von Wittekind und Seibel treffen sich. Denen ist nichts von einer geplanten Kooperation bekannt. Weiterhin wird bekannt, daß andere Werke stille Teilhaber bei Seibel sind.

14.3. 15 Uhr: Eine Versammlung der Frauen der Streikenden findet auf Einladung der Gewerkschaft statt. Eine wichtige Erfahrung früherer Streikkämpfe in der BRD wird aufgegriffen. Die Frauen müssen mit an einem Strang ziehen, deshalb die Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Weiter Solidaritätsbekundungen aus den verschiedensten Betrieben. Die Bevölkerung besucht die Streikposten, ermutigt und fordert auf weiterzumachen.

15.3. Delegiertenkonferenz der IG Chemie mit 200 Delegierten in Waldlisborn zur Vorbereitung der Tarifrunde. Die Kollegen fordern die sofortige Zurücknahme aller Entlassungen bei Seibel & Söhne.

17.3. Seibel entläßt weitere 37 Mitarbeiter

18.3. Die erste Notlagenunterstützung von insgesamt 35000 Mark wird von der Gewerkschaft ausgezahlt.

19.3. Seibel bittet die Polizei um Räumung des Werks. Der Polizeikommissar weigert sich einzugreifen und erklärt den Arbeitskampf für rechtmäßig. BR reicht Klage beim Arbeitsgericht gegen Massenentlassung und fristlose Kündigungen ein. Seibel kündigt nun auch dem Rest der Belegschaft. Alle, bis auf die Putzfrauen, die wohl vergessen wurden, sind nun entlassen.

20.3. Streikversammlung. Erstmals spricht der Bezirksfunktionär der Gewerkschaft Wulf.

21.3. Eine Delegation von Kalletal trifft ein und überbringt die Grüße der Belegschaft.

Die vorgesehenen Betriebsratswahlen beginnen und werden am 24. fortgesetzt.

Für Donnerstag, den 3. April ist das Schlichtungsgespräch in Dortmund geplant. Seibel hat zugesagt. Die Belegschaft wartet ab.



STREIK- STIMME



Die Besetzer von
Saibel u. Söhne informieren Nr. 1

SOLIDARISCHE VERBUNDEN

In den zwei Wochen unseres Kampfes haben wir gelernt:

EINIGKEIT MACHT STARK -

sie hat aber zwei Seiten. Nur durch unsere eigene Geschlossenheit konnten wir diesen Kampf beginnen. Dass wir ihn bisher voll und ungebrochen durchgestanden haben, verdanken wir aber auch der großen Anteilnahme und Solidarität, mit der wir von außen unterstützt wurden.

Beispielhaft für die vielen Solidaritätswesen, die uns erreicht haben, zitieren wir aus einem Brief der Belegschaft der Firma Bergin in Beckum:

„So ist uns ein echtes Bedürfnis, uns mit Euch - liebe Kolleginnen und Kollegen - solidarisch zu erklären, zumal wir im vergangenen Jahr in gleicher Weise, schäblich ausentwärtigen „ge waren. Durch gemeinsamen, entschlossenen Vorgehen, durch Proteste in der Öffentlichkeit, mit Hilfe der Industrieverwaltung und durch die einseitige, letztlich abgibtige Konsequenz:

den Streik, ist es damals gelungen, unsere Forderungen durchzusetzen.

Wir haben uns besonders über den Besuch einiger Kollegen aus dem Dezag-Werk in Kallertal (Wannemann-Konzern) gefreut, die uns am Freitag in Auftrag der Belegschaft besucht haben. Diese Belegschaft befindet sich in einer ähnlichen Situation. Auch dort herrscht eine industrielle Monstruktur, und die Belegschaft sah sich gezwungen, gegen geplante Massenentlassungen von Streikrecht Gebrauch zu machen und vorübergehend ins Werk zu besetzen. Auch dort hätten die Entlassungen zu einer Dezer- und Massenarbeitslosigkeit geführt. Ihr Kampf ist noch ebenso wenig entchieden wie unserer. Wir haben deshalb diesen Besuch zu einer wichtigen Erfahrungsaustausch genutzt. Dabei wurde einiges deutlich:

Zum Beispiel, daß es nicht so sehr auf die Person des Unternehmers ankommt. Hier herrscht ein despotischer Einzelunternehmer - dort ein multinationaler Konzern mit Aktionärsversammlung, Auf-

- 2 -

sichtsrat und Vorstand. Hier wie dort wird die Belegschaft belogen, mit Kurzarbeit verunsichert und rücksichtslos entlassen. Wenn die Profite auch nur um Bruchteile sinken, zeigt das Kapital sein wahres Gesicht. Dabei wird versucht, jeden einzelnen fertig zu machen, um damit uns alle zu erledigen. Die Kollegen aus Kallertal haben ihre Hoffnung und Überzeugung ausgedrückt, daß der Tag kommen wird, „an dem mal alle Arbeiter aufwachen und sagen: bis hierher und nicht weiter!“

Trotz aller Solidarität zeigt sich der Eine oder Andere verunsichert und manchmal Ängstlich. Vor allem viele Ehefrauen stellen sich bedrückt die Frage: wie soll's weitergehen? Aus der Ungewißheit entstehende Gerüchte geben darauf sicher keine Antwort, sie schwächen unsere Stärke. Diese Stärke brauchen wir aber, um auch den Unsicheren zu zeigen, daß unser Kampf erfolgreich sein wird. Also keine Vermutungen und keine Gerüchte. Das nutzt nur den Quartältern. Wir freuen uns über jeden, der zu uns ans Werk kommt, mit uns spricht, sich bei uns informiert. Auch unsere STREIKSTIMME schreiben wir in diesem Sinn.

WIE WILD IST UNSER STREIK ?

Kritik an der Berichterstattung in der BILD-Zeitung:

Zweimal hat die BILD-Zeitung bisher über uns berichtet. Weil wir wissen, auf welcher Seite dieses Blatt steht, haben wir uns gleich über dieses Interesse an unserem Kampf gewundert. Schon an den Schlagzeilen ist aber zu erkennen, wie BILD es mit der Wahrheit misst.

Am 14. März schreibt BILD „Wilder Streik“. Das stimmt nicht, denn unsere Besetzung des Werkes ist ein Akt der Notwehr gegen die rücksichtslose Willkür des Unternehmers. Wir führen einen legitimen Kampf für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze.

Jüngstes Gerücht

In der Bevölkerung hört man darüber reden: Die Belegschaft von S.u.S. ist sich einig, sie mittrauen ihren Betriebsrat, sie wollen ihn abwählen.

Was ist daran wahr?

Nach dem Gesetz finden alle 3 Jahre Betriebsratswahlen statt. Diese regulären Wahlen führen wir jetzt durch. Das zeigt, wie ernst wir es mit der Weiterführung des Betriebes meinen. Mit der Wahl haben wir unseren Betriebsrat zu zeigen, daß wir voll und ganz hinter ihn stehen, weil er unsere Interessen sehr gut und mutig vertreten hat.

chen wir aber, um auch den Unsicheren zu zeigen, daß unser Kampf erfolgreich sein wird. Also keine Vermutungen und keine Gerüchte. Das nutzt nur den Quartältern. Wir freuen uns über jeden, der zu uns ans Werk kommt, mit uns spricht, sich bei uns informiert. Auch unsere STREIKSTIMME schreiben wir in diesem Sinn.

Im zweiten Bericht (am 19. März), beschreibt BILD unseren Arbeitskampf als Lager- und Wirtschaftskrieg. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Keines von den Kollegen und Kolleginnen, die hier im Arbeitskampf stehen, ist nach Romantik zu tun. Wir fordern eine korrekte Berichterstattung, und keine Karl-May-Story.

Aus diesen Artikeln haben wir unsere Konsequenzen gezogen. Wir verzichten auf derartige Berichterstattung und werden keinen BILD-Reporter mehr erlauben, das besetzte Werk zu betreten.

" SOLIDARITÄT "

Durch Solidarität wird unser Kampf gestärkt,
solange bis F C das merkt.
Er rennt mit seinem Kopf unsre Mauer nicht ein,
denn er steht auf der anderen Seite allein.
Die Luft wird ihm knapp und geht ihm bald aus.
Er bricht keinen Stein aus der Mauer heraus.
Er feuert auf uns mit schweren Geschütz,
bloß Frage, F C, hat's dir genützt?
Bald hat er die Hörner sich abgerannt.
Er hat unsere Stärke falsch erkannt.
Wie er auch droht, was er auch macht,
wir werden siegen in dieser Schlacht.
Für dies Ziel müssen wir uns zusammenreißen,
wir lassen uns von F C nicht länger beschlei...!
Und dies zum Schluß: "SOLIDARITÄT"
bis F C nachgibt - oder geht.

(*F C - Frans Clemens Seibel)



VIELEN DANK!

Manchmal ist es schon hart, bei Regen und Kälte Streikposten zu stehen. Viele in der Bevölkerung haben es uns erleichtert, täglich über die Stunden zu kommen. Über die vielen kleineren und größeren Spenden sind wir begeistert. Getränke, Würstchen, Zigaretten,.... bis zu geliehenen Bauwagen haben uns geholfen und werden uns helfen, diesen Kampf zum Erfolg zu bringen.

Wir können hier nicht jedem einzelnen Spender danken (allerdings wird jede Spende, die draußen an Tor abgegeben wird, von der Streikleitung notiert). Stellvertretend für alle anderen sagen wir der Arbeiterschaft unseren herzlichen Dank für ihre tägliche tatkräftige Unterstützung.



**WIR LASSEN UNS NICHT UNTERWELTEN
WEIL WIR WISSEN, DASS WIR SIEGEN!**

SCHULUNTERRICHT
VOR ORT

Am Samstag, den 22. März, besuchte uns die Klasse 9a der Hauptschule Erwitte um sich zusammen mit zwei Lehrern an Ort und Stelle über unseren Arbeitskampf zu informieren. Unter anderem erkundigten sie sich in den Gesprächen nach dem Unterschied zwischen Streik und Besetzung. Wir erklärten ihnen:

Erklärung der Polizei:

Seibel scheut vor nichts zurück. Er wollte uns mit Polizeigewalt aus unserem Werk vertreiben.
Die Polizei erklärte eindeutig:
Wir werden nicht zugunsten der Eigentümer der Firma Seibel und Ebbe eingreifen. Das Streikrecht ist höher zu achten als das private Hausrecht.

Streik ist die Verweigerung der Arbeitskraft gegenüber dem Unternehmer. In der Regel spielt sich dieser Kampf vor den Verkäufern ab. Bei einer Besetzung zeigen die Arbeiter darüber hinaus, daß sie ein Recht haben, über das Ergebnis ihrer Arbeit, die Maschinen und das Gebäude, Kontrolle auszuüben. Für uns muß das heißen, daß die Produktion nicht allein dem Gewinnstreben des Clemens Seibel dienen darf, sondern in erster Linie auch der Erhaltung unserer Arbeitsplätze zugehen können muß. Was dies für Arbeitsplätze sind, wollen sich die Schüler demnächst in einer Werkbesichtigung, zu der wir sie eingeladen haben, ansehen.

Liste Klasse 9a, wir haben uns über Euren Besuch gefreut.

Presserechtl. verantwortlich: H. Borghoff, Verw. St. der IG Chemie-Papier - Keramik, Neubeckum

„Verhalten ist Notwehr“

Stellungnahme des Betriebsrates von Seibel & Söhne

Erwitte (of). Zu den geplanten fristlosen Kündigungen gab der Betriebsrat von Seibel & Söhne folgende Erklärung ab:

„Der Betriebsrat hat sich in seiner Sitzung vom 12. 3. 1975 mit dem Plan der Geschäftsleitung beschäftigt, 43 Arbeitnehmer wegen „Versperrens der Tore“ fristlos zu kündigen. Der Betriebsrat kann diesen Kündigungen nicht zustimmen. Er widerspricht entschieden dieser weiteren ungerechtfertigten Maßnahme.

1. Der Unternehmer hat sich beharrlich geweigert, dem Betriebsrat die Gründe für die Kündigungen vom 28. 2. 1975 zu nennen und mit ihm die personellen Konsequenzen der wirtschaftlichen Lage zu beraten. Er hat sich sogar geweigert, dem Betriebsrat die wirtschaftliche Situation zu erläutern. Er hat es in hartnäckiger Weise abgelehnt, mit dem Betriebsrat über die vom Unternehmer selbst vorgeschlagene Kurzarbeit zu verhandeln und ihm Gründe für die Kurzarbeit zu belegen. Der Unternehmer hat damit in grösster Weise gegen eine ganze Anzahl von gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Betriebsverfassungsgesetzes, verstoßen. Gegen das gesetzwidrige und unsoziale Verhalten haben sich die Arbeitnehmer zur Wehr gesetzt. Durch die willkürliche und völlig ungerechtfertigte Massenentlassung wurden die Arbeitnehmer in einen wirtschaftlichen und sozialen Notstand gestürzt.

Die Arbeitnehmer haben deshalb von ihrem Widerstandsrecht Gebrauch gemacht. Das den Arbeitnehmern zur Last gelegte Verhalten ist durch Notwehr gedeckt und deshalb in keiner Weise gesetzwidrig.

2. Der Betriebsrat bestreitet energisch, daß alle vom Unternehmer aufgeführten Arbeitnehmer am 10. 3. 1975 die Tore versperren haben. Nach Kenntnis des Betriebsrats trifft das nur für einen kleinen Teil zu. In der Sitzung vom 12. 3. 1975 hat der Betriebsrat den Unternehmer daraufhin angesprochen und Aufklärung verlangt. Firmenchef Seibel hat sich standhaft geweigert, auf die Fragen des Betriebsrats zu antworten und Beweis für die Darstellung anzutreten.

3. Das Verhalten des Unternehmers ist widersprüchlich. Im Schreiben vom 10. 3. 1975 kündigt er für 43 Arbeitnehmer fristlose Entlassungen an. Auf der anderen Seite fordert er alle Arbeitswilligen auf, sich zu melden. Damit hat er auch diesen 43 Arbeitnehmern Arbeit angeboten und zu erkennen gegeben, daß eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit ihnen für zumutbar und möglich gehalten wird.

Schließlich weisen wir darauf hin, daß sich unter den 43 benannten Arbeitnehmern Betriebsratsmitglieder und -kandidaten sowie Wahlvorstandsmitglieder befinden. Für den Betriebsrat: Josef Köchling, Betriebsratsvorsitzender.“



Den Frauen und Angehörigen der streikenden Belegschaft des Erwitte Zementwerkes Seibel & Söhne riefen Gewerkschafter und Mitglieder der Frauenausschüsse zu, zusammenzuhalten und den Kampf um die Arbeitsplätze mit den Männern gemeinsam durchzusetzen. Ein Kamerteam der Magazinsendung MONITOR filmte die Kundgebung.

Internationale Solidarität

An die Streikleitung/Betriebsrat
Fa. Seidel u. Söhne
4782 ERWITTE/Westfalen.

Die allgeheine Versammlung der Arbeiter des Glasbetriebs
GLAVERBEL in GILLY (bei Charleroi, Belgien) hat am 2. April
beschlossen, den Arbeitern des Zementwerkes Seidel u. Söhne
folgende Solidaritätsadresse zu schicken :

Genossen:

Die Arbeiter von Glaverbel/Gilly unterstützen euren Kampf
gegen die Entlassung von 90 eurer Kollegen.

Sie sind solidarisch mit dem Streik, die Ihr seit mehr denn 3
Wochen führt.

Die Arbeiter von Glaverbel/Gilly haben während 6 Wochen
Ihr Betrieb besetzt und Streik geführt gegen die Rationalisie-
rungspläne der französischen Multinationale B.S.N., und
schliesslich einen Sieg bekommen.

Deshalb sind Sie völlig mit eurer Besetzung solidarisch und meinen
Sie dass nur im Rahmen eines europäischen gewerkechaftlichen
Streiks gegen die Kapitalisten, die Arbeiterklasse ihren
Kampf erfolgreich durchsetzen kann.

Solidaritätsschreiben der belgischen Arbeiter von Glaverbel/Gilly

was tun

ERSCHEINT VIERZEHTÄGIG

WAS TUN ist die Zeitung der GRUPPE INTERNA-
TIONALE MARXISTEN (GIM), deutsche Sektion
der IV. Internationale

Anschrift:
WAS TUN – 6 Frankfurt/Main 2 Postfach 11 92 66

Konto:
Winfried Wolf (WAS TUN) Commerzbank Ffm.
Kto. Nr.: 58 186 11. Postscheckkonto der Bank
PschA Ffm: 680 - 606

Jahresabonnement (22 Nummern, einschließlich Porto)
20,- DM. Förderabonnement: 30,- DM und mehr. Aus-
landsabonnement: 25,- DM.

ISP-Verlag

**Herbst-
Winter**

1974/75

KATALOG
ANFORDERN!



**Internationale
Sozialistische Publikationen**

6000 Frankfurt/Main
Koblenzer Straße 43

reihe
nr.3

b&g

Seit dem 9. März halten die Arbeiter des Zementwerkes Seibel & Söhne in Erwitte den Betrieb besetzt. Sie kämpfen damit gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Die Zementarbeiter wissen, daß ihnen nur die Wahl bleibt, entweder ihren Arbeitsplatz zu verteidigen, oder lange Arbeitslosigkeit und Senkung des Lebensstandards in Kauf zu nehmen. Sie haben sich für den Kampf entschieden.



Preis: 0,50 DM (Ladenpreis 0,70 DM)